



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21881 - 83
Fernschreiber 0886890

P/XIII/73 - 28. März 1958

Nir veröffentlichen in dieser Ausgabe :

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 3	An Rande des Defizits Der Bundeshaushalt für 1958 Von H.G. Witzel - KdB	128
3a	Chruschtschows Machtanstieg Rückkehr zum Stalinismus?	48
4 - 5	"Die Throne wanken" Geht Arabiens Monarchie ins Exil?	69
6 - 7	Fragen an Bundesminister Oberländer Auch die Wahrheit ist unteilbar	74

* * * * *

Am Rande des Defizits

Von H.G. Ritzel, MdB.

Nach den Osterferien wird der Bundestag in die Beratungen um den Bundeshaushaltsplan für 1958 eintreten. In drei bis vier Artikeln wird sich der sozialdemokratische Haushaltsexperte H.G. Ritzel, MdB. mit einzelnen Positionen des Haushaltes, die charakteristisch für seine Gesamt-tendenz sind, befassen. Dies ist der erste Artikel.

Bundesfinanzminister Dr. Etzel wird kurz nach den Ostertagen den Haushalt für 1958 im Bundestag einbringen. Entsprechend den Bestimmungen des Grundgesetzes befasst sich zur Zeit die Ländervertretung, der Bundesrat, mit dem Haushaltsplanentwurf. Ein Ausgleich des Haushalts ist der Bundesregierung vor allem dank der hohen Aufwendungen, die für den Verteidigungshaushalt vorgesehen sind, nicht gelungen. Es ist eine Anleihe von 1,6 Mrd. DM im ausserordentlichen Haushalt vorgesehen, von der noch nicht gesagt werden kann, ob sie zum Zeitpunkt ihrer Auflegung auf dem Kapitalmarkt willkommen sein und entsprechend gezeichnet werden wird. Bisherige Erfahrungen mit Länderanleihen einer allerdings weit geringeren Grössenordnung (z.B. des Landes Hessen) waren günstig. Ob aber angesichts der augenblicklichen Entwicklung der Wirtschaft und im Hinblick auf die Kapitalbedürfnisse des privaten Sektors eine Anleihe dieser Grösse untergebracht werden kann, ist zur Zeit eine noch offene Frage.

Riesenposten Verteidigungsausgaben

Weniger offen sollte jedoch bei gutem Willen die Möglichkeit sein, den Haushalt 1958 ohne Inanspruchnahme des Kapitalmarktes auszugleichen. Einsparmöglichkeiten bieten sich vor allem im Bereich des Bundesverteidigungsministeriums an. Dort werden aus früheren Bindungsermächtigungen im Haushalt 1958 5,7 Mrd. DM etatisiert, aber es sollen zugleich neue Bindungsermächtigungen erteilt werden in etwa gleich hohem Umfang, so dass die bisherige Endsumme der Bindungsermächtigungen für den Einzelplan 14 (Verteidigung) mit rd. 15,2 Mrd. DM bestehen bleibt. Aus dem Kranz der Neubewilligungen fallen vor allem die geplanten Ausgaben für Schiffsneubauten (Zerstörer) mit zwei Mrd. DM, dann 1,2 Mrd. DM für Kasernenneubauten, 0,5 Mrd. DM für Bauten zu Gunsten der Stationierungstruppen, 0,7 Mrd. DM für Errichtung von Flugplätzen, 3,3 Mrd. DM für Anschaffung von Flugzeugen, Mehranforderungen von 400 Mio DM für weitere personelle Ausgaben, 300 Mio DM für Mineralöl usw. auf.

Auch wenn Bundesverteidigungsminister Strauss vor kurzem öffentlich erklärt hat, dass für den Neubau des Verteidigungsministeriums (Penta-Bonn) keine Mittel angefordert werden würden, steht jedoch nicht zu erwarten, dass sich angesichts des Appetits des Verteidigungsministers hieraus eine geringere Inanspruchnahme der Bindungsermächtigungen ergibt. Solche Ermächtigungen erlauben nach der Reichshaushaltsordnung den Abschluss von Verträgen, durch die der Bund verpflichtet werden kann, über ein Rechnungsjahr hinaus Zahlungen zu leisten. Die entsprechenden Beträge müssen dann in den in Frage kommenden Rechnungsjahren etatisiert werden. Es handelt sich vorzugsweise um Schiffsbauten, Hochbauten, Beschaffung von Flugzeugen u.a.m., kurzum um Aufgaben, die das Parlament und seine Ausschüsse zwingen werden, mit grösster Sorgfalt zu prüfen, ob hier in der Tat unvermeidbare Ausgaben vorliegen. Es besteht Grund für die Annahme, dass hier nennenswert gespart werden kann. Auch die inflationistische Entwicklung der Personalpolitik des Verteidigungsministeriums bietet Möglichkeiten zu erheblichen Senkungen der einzelnen Ansätze. Bisher gelang es, nicht alle Ausgaben, die im Etat angesetzt waren, wirklich werden zu lassen. Es entstanden Ausgabenreste, wie der Fachausdruck lautet, die zu Beginn des Rechnungsjahres 1957 rd. 3,5 Mrd. DM betragen.

Schwerwiegende Verpflichtungen

Soweit der Stand der Dinge bis heute bekannt geworden ist, werden im Rechnungsjahr 1957, das am 31. März 1958 zu Ende geht, noch schätzungsweise 2 Mrd. DM aus dem Haushalt 1957 nicht für Verteidigungszwecke ausgegeben worden sein. Aus den von der Bundesregierung im Widerspruch zu dem früheren Bundesfinanzminister Schäffer freigegebenen 3,5 Mrd. DM, die am Ende des Rechnungsjahres 1956 zur Verfügung standen und aus den am Ende des Rechnungsjahres 1957 nicht ausgegebenen 2 Mrd. DM wird ein Rechnungsrest von insgesamt 5,5 Mrd. DM bereitstehen, über dessen Verwendung nach der Reichshaushaltsordnung der Bundesfinanzminister die Hand hält. Der § 30 der Reichshaushaltsordnung besagt, dass Beträge, die bei übertragbaren Ausgabebewilligungen am Schluss eines Rechnungsjahres nicht verwendet sind, nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesfinanzministers verausgabt werden dürfen, soweit dieser nicht bereits im Rahmen einer Bindungsermächtigung nach § 45 d der Übernahme einer entsprechenden Verpflichtung zugestimmt hat oder soweit nicht bei Ausgabebewilligungen, die im laufenden Rechnungsjahre abschliessen, eine rechtliche Verpflichtung zur Leistung besteht. Dem Finanzminister ist durch die Reichshaushaltsordnung eine schwerwiegende Verpflichtung auferlegt. Er darf seine Zustimmung nur erteilen, wenn die angeforderten Ausgaben bei wirtschaftlicher und sparsamer Verwaltung wirklich erforderlich sind.

An diesem Punkt setzt schon bei der Etatberatung die Aufgabe des Parlaments und im vorliegenden Fall vor aller des Verteidigungsausschusses und des Haushaltsausschusses ein. Es ist ohne Zweifel möglich, angesichts der schwerwiegenden Verpflichtungen, die der Haushalt 1958

auch auf anderen Gebieten enthält, Milliardenbeträge einzusparen.

Doch noch Stationierungskosten ?

Die Bundesregierung hat sich selbst von der Erkenntnis der Notwendigkeit einer Begrenzung der Ausgaben für Verteidigungszwecke leiten lassen. Sie ist ohnedies durch den Inhalt des Nachtrags-Haushalts 1957, der noch der Verabschiedung harret, überfordert worden. Um die Forderungen der westlichen Alliierten auf Verteidigungshilfe zu befriedigen, muss die Bundesregierung die Mittel im Verteidigungshaushalt selbst um rd. 1,2 Mrd. DM kürzen, um sie auf Grund der Verpflichtung zur gegenseitigen Hilfe im Geiste des Artikels 3 des Nordatlantik-Paktes den westlichen Vertragspartnern zur Verfügung stellen zu können. Grossbritannien soll hieraus 588 Mio DM erhalten, Frankreich 225, Dänemark 1,2, USA 325, Belgien 59 und die Niederlande 0,4 Mio DM. Dementsprechend verbleiben für das Rechnungsjahr 1957 dem Bundesverteidigungsministerium statt der ursprünglich vorgesehenen 9 Mrd. DM rd. 7,8 Mrd. DM. Der Rest von rd. 1,2 Mrd. DM wird, wenn der Bundestag zugestimmt hat, woran bei den gegebenen Mehrheitsverhältnissen kein Zweifel ist, an die genannten NATO-Mächte gezahlt werden.

Das Kabinett hat jedoch, wie bereits erwähnt, eine Ausgabenbegrenzung vorgesehen. Die Ausgaben aus früheren Ausgabeermächtigungen sollen nur geleistet werden können, wenn entsprechende Minderausgaben aus den Neubewilligungen des Rechnungsjahres 1958 entstehen. Wenn also die in 1958 vorgesehenen 10 Mrd. DM für den Verteidigungshaushalt vom Gesetzgeber akzeptiert werden, dann dürfen zu Lasten des Haushalts 1958 nur so viel Milliarden verausgabt werden, als einschliesslich der Zahlungen von früheren Ausgabeermächtigungen der Betrag von 10 Mrd. DM erreicht und nicht überschritten wird. Würden grössere Ausgaben geleistet, dann würden sich die Ausgabenreste verringern und dann wäre der Zeitpunkt echter Defizite auch unter Einkalkulierung der bereits vorgesehenen Deckung von 1,6 Mrd. DM im ausserordentlichen Haushalt gegeben.

Die Finanzpolitik der Bundesregierung wandert auf einem schmalen Grat. Personelle und sachliche Anforderungen im neuen Haushalt und erneut wachsende Bindungsermächtigungen mahnen zur Vorsicht. Das Parlament hat eine schwierige Aufgabe, um so mehr, als erneut die Gefahr der Ausserkraftsetzung des § 75 Satz 2 der Haushaltsordnung besteht. Hier ist bestimmt, dass ein Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben des ordentlichen Haushalts zur Vermeidung des Anleihebedarfs oder zur Schuldenbeseitigung zu verwenden ist. In den letzten Jahren wurde diese sehr gesunde Bestimmung der Reichshaushaltsordnung bewusst ausser Kraft gesetzt. Die Sozialdemokratie hat diesen Verfahren jedes Mal im Interesse einer gesunden Finanzgebarung energisch widersprochen.

Es ist zu befürchten, dass auch in diesem Jahr die Bundestagsmehrheit relativ leichten Herzens diese peinliche Finanzpolitik erneuert. In einzelnen Ministerien und vor allem im Verteidigungsministerium wurden personalpolitische Anforderungen erhoben, die teilweise ins Aschgraue gehen. Wenn eine Etatberatung durch das Parlament gerade in dieser Zeit einen Sinn haben soll, dann muss im Interesse des Steuerzahlers der Rötstift gründlich angesetzt werden.

Chruschtschows Machtanstieg

- - - - -

ler- Rein äusserlich vereinigt Nikita Chruschtschow nun in seinen Händen alle Macht, die einst ein Stalin nach blutigen Auseinandersetzungen mit der innerparteilichen Opposition besass. Einige voreilige Kommentare knüpften daran die Bemerkung, damit sei auch die Rückkehr zum Stalinismus erfolgt. Gewiss vollzog sich Chruschtschows Aufstieg zur Macht in stalinistischen Spuren, allerdings mit dem einen doch recht entscheidenden Unterschied: die Entfernung seiner Gegner und unzuverlässigen Freunde, zu denen auch der nun gestürzte Ministerpräsident Bulganin gehören mag, ist nicht begleitet von Liquidierungen und Massakern.

Molotow, Malenkow, Schukow und all die anderen, von denen Chruschtschow mit oder ohne Grund befürchten musste, sie wären für ihn gefährliche Konkurrenten, erfreuen sich ihres Lebens und sind auf allerdings bescheidene Posten weit ausserhalb des Zentrums der Macht versetzt worden. Die sowjetrussische Industriegesellschaft von 1958 könnte Massensäuberungen und Hexenprozesse mit all ihren schrecklichen Begleiterscheinungen im Stile der dreissiger Jahre ohne tödliche Risiken nicht mehr überstehen. Auch ein Nikita Chruschtschow hat mit den neuen Kräften zu rechnen, die im Schosse des zweitmächtigsten Industriestaates der Welt um Geltung, Einfluss und Privilegien ringen. Die Verabschiedung ehedem mächtiger Männer aus dem Kreml geschieht sozusagen in zivilistischen Formen...

Vom nunmehrigen Ministerpräsidenten Chruschtschow sind gewiss keine von der bisherigen Politik der Sowjetunion abweichenden Aktionen im internationalen Raum zu erwarten. Der allmächtige Generalsekretär der russischen Kommunisten bestimmte schon vorher öfters die Richtung und Inhalt der sowjetischen Politik, Bulganin musste sich mit der dekorativen Rolle eines Ausführungsorgans zufriedengeben. Wenn in diesem Zeitpunkt Chruschtschow es für geboten hielt, auch formell für Partei- und Regierungsmacht zu zeichnen, so mögen dafür viele innen- und aussenpolitische Erwägungen den Ausschlag gegeben haben.

Nur ein mit höchster Machtfülle ausgestatteter Regierungschef vermag vielleicht der Entwicklungsprozess zu kontrollieren, in dem sich die Sowjetunion befindet. Der Bauernsohn aus der Ukraine verfügt für diese Aufgabe über eine aus seiner Persönlichkeit herausstrahlende Autorität, die zumindest bis heute nicht stalinistischer Methoden bedurfte, um sich durchzusetzen. Aussenpolitisch dürfte eine erhöhte Aktivität der Sowjetunion zu erwarten sein. Chruschtschows erklärtes Ziel, in unzähligen Reden und Interviews niedergelegt, ist es, mit den Vereinigten Staaten zu einer Generäbereinigung zu kommen. Die sowjetischen Grundpositionen in Fragen der internationalen Politik sind bekannt, und ein Abgehen von ihnen ist kaum denkbar, aber die Vereinigung aller Machtfülle in seiner Hand dürfte es Chruschtschow ermöglichen, elastischer auf internationalem Feld und in der grossen Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten zu agieren.

+ + +

"Die Throne wanken"

H.E.D.- Knapp einen Monat nach der Ausrufung der Vereinigten Arabischen Republik scheint ihr größter Gegner, König Ibn Saud von Saudi-Arabien, schwach matt gesetzt. Ein Komunique des Hofes von Er Riad liess die erstaunte Weltöffentlichkeit wissen, der König habe seinem Bruder und Außenminister Feisal ausserlich die Verantwortung für die Innen-, Finanz- und Weirpolitik des Landes übertragen. Nur wer die fast absolute Fülle der Macht kennt, die auch heute noch dem Herrscher der Wahabiten zugestanden wird, kann ermessen, wie stark der Druck gewesen sein muss, die Ibn Saud zu seiner de facto Abdankung zwang. Mit Sicherheit kann man jetzt annehmen, dass jene Stammeskrieger, deren Marsch auf die Hauptstadt geleitet wurde, sich nicht zur Abgabe einer Abdankungsadresse einfinden sollten, sondern aus dem Monarchen zu verdeutlichen, wie wenig er sich in entscheidenden Felle noch auf die Loyalität seiner Beduinen verlassen könne. Ibn Saud zog die Konsequenzen und übertrug dem Bruder die Macht vielleicht in der vagen Hoffnung, dass noch nicht alles verloren sei.

Die ägyptische Presse jubliert, zu Recht, denn in Kairo weiss man, dass Feisal, im Gegensatz zu seinem königlichen Bruder, den Aktionen Bassers wohlwollend gegenübersteht. Seit Jahren schon ist es ein offenes Geheimnis, dass er die offizielle pro-amerikanische Politik von Er Riad zu durchkreuzen versuchte, wo er konnte. Ihm wird auch der Umstand zugeschrieben, dass es japanischen Erdölfirmen gelang, sehr umfangreiche Konzessionen in Saudi-Arabien zu erhalten. Ebenso bewirkte er, gegen den Widerstand einiger anderer Berater des Königs, dass sich Er Riad nicht westlich inspirierten Paktensystem im Nahen Osten anschloss. Es wäre aber falsch, in der Person Feisals nur einen anti-westlichen Rebellen zu erblicken. Wohl mehr als irgendeiner der zur Zeit noch herrschenden arabischen Könige hat er erkannt, dass die Zeit der absoluten Monarchie in Arabien vorbei ist. Da gilt dem Anschluss an die moderne, von der Technik und Wissenschaft gestaltete Ara zu gewinnen, will man nicht in den Sog der politischen und geistigen Zwölzungen untergehen. Aus diesem Grunde gehörte er zu den eifrigsten Befürwortern einer Änderung in der inneren Struktur Saudi-Arabiens. Als sehr wichtig erschien ihm unter anderem die Einführung einer modernen Finanzpolitik und die Eindämmung der hemmungslosen Privatsausgaben an königlichen Hofe. Lange Zeit vermochte er sich

gegen die Günstlingswirtschaft in Er Ried nicht durchzusetzen. Die jüngsten Ereignisse in Kairo und Damaskus verschafften ihm den nötigen Rückhalt. Hier war es besonders jene mysteriöse Affäre einer angeblichen Ermordung Nassers, die, den Meldungen aus Ägypten zufolge, von Ibn Saud persönlich geplant worden sei. Wenn man sich vielleicht geneigt ist, in der Aufbauschematik der ganzen Angelegenheit das propagandistische Gespür eines Nasser zu vermuten, so ist doch die Möglichkeit, dass der saudi-arabische König die Ermordung seines Gegners unterstützt haben könnte, nicht von der Hand zu weisen. In den intrigentreichen Palästen orientalischer Könige wurde schon manch ähnliche Attacke gestartet. Man denke nur an die gescheiterte Ermordung des haschemitischen Königs von Jordanien im Jahre 1950, der zufälliger Weise sich auch der Feindschaft eines Ibn Saud erdreute.

Wie auch immer es gewesen sein mag, alle diese Dinge bereiteten psychologisch den Boden für eine Machtübernahme vor.

Man kann leicht nachfühlen, wie sehr König Hussein in Amman von den Nachrichten aus Er Ried betroffen sein mag. Denn Saudi-Arabien gehörte seit langer Zeit, neben dem Irak, zu den einzigen Protektoraten dieses Landes. Mit Hilfe von saudi-arabischen Pfunden konnte der König den allmonatlichen Löhnungstag der Arabischen Legion, der einzigen Stütze seiner Macht, mit Ruhe entgegensehen. Was aber jetzt, wenn die Zahlungen ausbleiben? Auch der Unionspartner Irak wird im Augenblick nicht in der Lage sein, allzu kräftig dem jordanischen Bruder unter die Arme zu greifen.

Kein Wunder ist es, wenn London über die Entwicklung in Er Ried mehr als besorgt ist. Hierbei ist es weniger das mögliche Schicksal Jordaniens als vielmehr die Lage in den an Saudi-Arabien angrenzenden pro-britischen Sultanaten an der Küste des persischen Golfes, deren Bedeutung durch das Wort "Erdöl" hinreichend gekennzeichnet wird.

Washington versucht, beruhigend auf seinen britischen Bundesgenossen einzuwirken und ihn vor übereilten Schritten zurückzuhalten. Aber in einflussreichen Kreisen der amerikanischen Hauptstadt ist man, bei privaten Gesprächen, besorgter als die offiziellen Erklärungen zugeben wollen.

Arabien's Throne wanken, und es zeigt sich jetzt, wie gefährlich es war, das Schicksal westlicher Außenpolitik an das Bestehen konservativer arabischer Gruppen zu binden.

Fragen an Bundesminister Oberländer

A.c.- "Es gibt Fälle, wo ein Zusammenleben der Völker auf ein und demselben Raum nicht möglich ist ... Reinerhaltung der Rasse und eine eigenvölkische dichte agrarische Unterschicht sind aber nur möglich, wenn das fremde Volkstum voll und ganz das Land verlässt... Jede Halbheit ist gefährlich, im Volkstumskampf aber wird sie zum Verbrechen an eigenen Volk... Massnahmen vollständiger Aus- und Umsiedlung mögen für die Betroffenen hart erscheinen... aber eine einmalige Härte ist besser, als ein durch Generationen währender Kleinkampf... Eine klare Trennung zwischen Deutschen und Polentum ist nach den Ereignissen der letzten Jahre eine absolute Notwendigkeit...".

Der vergessliche und uninformierte Zeitgenosse könnte der Ansicht sein, dass obige "Kernsätze" der schlechten Übersetzung eines polnischen Programms zur Aussiedlung der Deutschen aus den Gebieten jenseits der Oder-Weisse entstammen. Die Ansicht des vergesslichen und uninformierten Zeitgenossen wäre falsch. Dies wurde zwar unter einem totalitären Regime geäußert, aber sie wurde geäußert vom derzeitigen Minister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsschädigte der Bundesrepublik Deutschland, der am vergangenen Wochenende glaubte, Kritik an der Reise Carlo Schmid nach Polen über zu müssen, und ihm empfahl, sich lieber in Friedland von Aussiedlern über Polen unterrichten zu lassen, einem Lande, in dem sich Herr Schmid aber nicht sehen lassen könnte.

Es geht hier nicht darum, Herrn Oberländer seine Aussagen aus dem Jahre 1940 vorzuhalten. Er hat wiederholt behauptet, dass der Artikel, aus dem die oben zitierten Sätze entnommen sind ("Neues Deutschland", Heft 4/5, 1940), nicht mehr der von ihm verfasste Artikel in seiner ursprünglichen Form sei, sondern dass dieser von der Redaktion verändert worden sei. Der damalige verantwortliche Redakteur hat dies abgestritten und ist dem nachmaligen Meinungen Oberländers, eine Umarbeitung zuzugestehen, nicht gefolgt. Wenn man die zahlreichen Aussagen Oberländers nach 1945 verfolgt hat, so berührt es merkwürdig, dass er sich immer noch eines ähnlichen Jargons bedient wie damals. "Eng beieinander wohnen die Gedanken...".

Wir haben von Herrn Oberländer lediglich gehört, dass an seinen hier zitierten nationalsozialistischen und antipolnischen Sätzen andere Leute schuld seien. Andere ins Gewicht fallende Aussagen darüber, wie der Herr Bundesminister zu seiner mehr als zweifelhaften Vergangenheit steht, ob der er Vorschläge zur "Ordnung des Ostens" unter nationalsozialistischer Führung gemacht hat, vernahmen wir nicht.

Man könnte dies auf sich beruhen lassen. Aber nun kommen seine Freunde und sprechen über seine Vergangenheit. Sie lassen es nicht genug damit sein, dass Oberländer sich gelegentlich taktlos und ungeschickt aufführt und die Aufmerksamkeit, die er vermeiden sollte, auf sich zieht, nein, sie versuchen, ihn als Widerstandskämpfer hinzustellen, und damit wird unseren Geschmack und auch unserer Vergesslichkeit zuviel zugemutet. Da heisst es also im Agrarbrief der CDU/CSU vom 21.2.1958, dass Oberländer

"... 1937 zum a.o. Professor an der Universität Königsberg berufen, später wegen Auseinandersetzungen mit dem damaligen Gauleiter +) nach Greifswald strafversetzt, dann zum Wehrdienst eingezogen, zwischenzeitlich zum Ordentlichen Professor an der Prager Universität berufen und nach Teilnahme am Russlandfeldzug 1943 auf Veranlassung der Gestapo in Prag wegen seines Einsatzes in Denkschriften für die einwandfreie Behandlung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten arrestiert (wurde). Das deshalb gegen ihn verhängte Todesurteil wurde nicht vollstreckt..."

Hierzu würde uns interessieren, welche "Verdienste" zu der Professur in Prag geführt haben. Ein beim Regime missliebig gewordener "Kotzer" hätte wohl kaum eine Professur in Prag bekommen, das, ebenso wie das ganze "Protektorat", gegen "unsichere" Elemente abgeschirmt wurde. Und dann die Denkschriften. Ihre Sprache müsste wohl der oben zitierten entgegengesetzt sein, wenn sie zu einem Todesurteil geführt haben soll. Und es wird uns niemand verdrängen können, dass uns diese Denkschrift brennend interessiert. Wir möchten das alles nun ganz genau wissen, da der Ehrgeiz von Oberländers Freunden es für nötig hält, ihn sczusagen zum "Opfer totalitärer Willkür" zu deklarieren. (Über Bundesminister Lübke, dessen Aufenthalt im KZ und Verfolgungen im 3. Reich allgemein bekannt sind, steht an anderer Stelle des "Agrarbriefs" lediglich: dass er nach 1933 politisch verfolgt wurde. Aus!! Ist es zuviel verlangt, zumindest die Denkschriften des Herrn Oberländer im Original vorzulegen, auf die das angebliche Todesurteil zurückzuführen sein soll, falls dieses urkundlich nicht verfügbar ist ?

+)
+) Gemeint ist der Gauleiter Koch. Auch über diesen Vorgang wüsste man zum Möglichen. Aus der Meinungsverschiedenheit zwischen Funktionären im totalitären Regimen ist nicht ohne weiteres zu folgern, dass es sich bei dem Unterliegenden um einen Widerstandskämpfer handelt.

+ + +

Verantwortlich: I.V. Albert Exler